

■ Keine Quersubventionierungen

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) könnte um 4,55 Beitragssatzpunkte von momentan durchschnittlich 14,9 auf 10,35 Prozent gesenkt werden. Das ist das Ergebnis einer Studie des Fritz Beske Instituts für Gesundheits-System-Forschung (IGSF) in Kiel. Voraussetzung dafür sei, dass die Politik aufhört, mit 45,5 Milliarden Euro pro Jahr Quersubventionierungen für andere Sozialsysteme und den Staat zu finanzieren. Solche Subventionierungen seien „die falsche Richtung, um die GKV zukunftssicher zu machen, den Beitragszahlern Sicherheit und den Millionen Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, stabile Rahmenbedingungen zu geben“, so IGSF-Direktor Prof. Dr. Fritz Beske. Nicht die Ärzte, Krankenhäuser, Industrie oder Krankenkassen seien für die finanziellen Probleme der GKV verantwortlich, sondern die Politik.

lin/IGSF

■ Mediziner: Verhaltener Pessimismus

Die Mehrheit der Ärzte, Zahnärzte und Psychologischen Psychotherapeuten (47,1 Prozent) sieht ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als befriedigend an, 19,6 Prozent empfinden sie als positiv, 33 Prozent als schlecht. Das sind die Ergebnisse des Medizinklimaindex Herbst 2008, den die Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse im Auftrag der Stiftung Gesundheit ermittelt hat. Gut die Hälfte (55,3 Prozent) der Befragten erwartet in den nächsten sechs Monaten keine Veränderungen ihrer wirtschaftlichen Lage, ein Drittel (32,3 Prozent) meint, dass sie schlechter wird. Aus diesen Antworten wurde ein Index von -16,8 ermittelt. Das bedeutet laut Stiftung Gesundheit, dass Ärzte, Zahnärzte und Psychologische Psychotherapeuten ihre wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiterhin negativ beurteilen – im Vergleich zum Frühjahr 2008 (Index von -23,9 Prozent) jedoch deutlich positiver. Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) kommt in einer Befragung vom Sommer 2008 zu einem ähnlichen Ergebnis für Ärzte und Zahnärzte: Gesundheitsreform und -fonds führten dazu, dass die wirtschaftliche Entwicklung eher pessimistisch eingeschätzt würde, so der Verband.

lin/Stiftung Gesundheit und BFB

■ Impressumspflicht im Internet

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Leitfadensatz zur Impressumspflicht im Internet herausgegeben. Er zeigt, wann eine Anbieterkennzeich-

nungspflicht besteht und welche Angaben diese Kennzeichnung (auch Impressum genannt) enthalten muss. Grundlage ist das Telemediengesetz. Ziel des Ministerium ist, zu mehr Rechtssicherheit im Internet beizutragen. Der Leitfaden ersetze im Einzelfall zwar keine rechtliche Beratung, helfe aber, die bestehenden Pflichten zu erkennen. Er dient als Orientierungshilfe, rechtsverbindlich ist er nicht. Weitere Informationen unter www.bmj.de/musterimpressum.

lin/BMJ

■ Zahnärzte als Arbeitgeber

Laut Bundeszahnärztekammer arbeiten von den über vier Millionen Beschäftigten im deutschen Gesundheitswesen rund 283 000 Personen in Zahnarztpraxen. Damit sind Zahnärzte die viertgrößten Arbeitgeber im Gesundheitswesen und einer der wichtigsten für Frauen (80,3 Prozent der Angestellten sind weiblich). Im Jahr 2007 wurden deutschlandweit 12 078 Ausbildungsverträge für Zahnmedizinische Fachangestellte neu abgeschlossen. Nach jahrelangem Abwärtstrend ist dies ein Anstieg um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dazu Dr. Christian Öttl, Referent Zahnärztliches Personal der BLZK: „Die Zahnärzteschaft nimmt ihre Aufgaben als Ausbilder ernst und setzt auf Qualität in der Ausbildung. Um das Berufsbild zukunftssicher zu gestalten, wird viel Engagement in die Entwicklung des Berufsbildes gesteckt. Das spiegelt sich in der Vielzahl von Weiterqualifizierungsmöglichkeiten wider.“

lin

■ Bayerische Ärzte: Nachwuchs fördern!

Der Bayerische Ärztetag 2008 im Oktober in Würzburg fordert die Bayerische Staatsregierung auf, zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin zu schaffen und Studierende zu verpflichten, in der Patientenversorgung tätig zu werden. Außerdem solle die Präsenz der Allgemeinmedizin in der universitären Forschung und Lehre gefördert sowie das Angebot von Praktika in niedergelassenen Praxen während des Studiums deutlich erweitert werden. Im Praktischen Jahr (PJ) solle die Allgemeinmedizin als Pflichtfach eingeführt und durch die Änderung der Prüfungsordnung eine Honorierung der PJ-Studierenden ermöglicht werden. Zur Mittelstandsförderung forderten die 180 Delegierten des Bayerischen Ärztetages zinslose Darlehen, Anschubfinanzierungen und einen Investitionszuschuss für Ärzte, die eine Niederlassung planen.

lin/BLAK

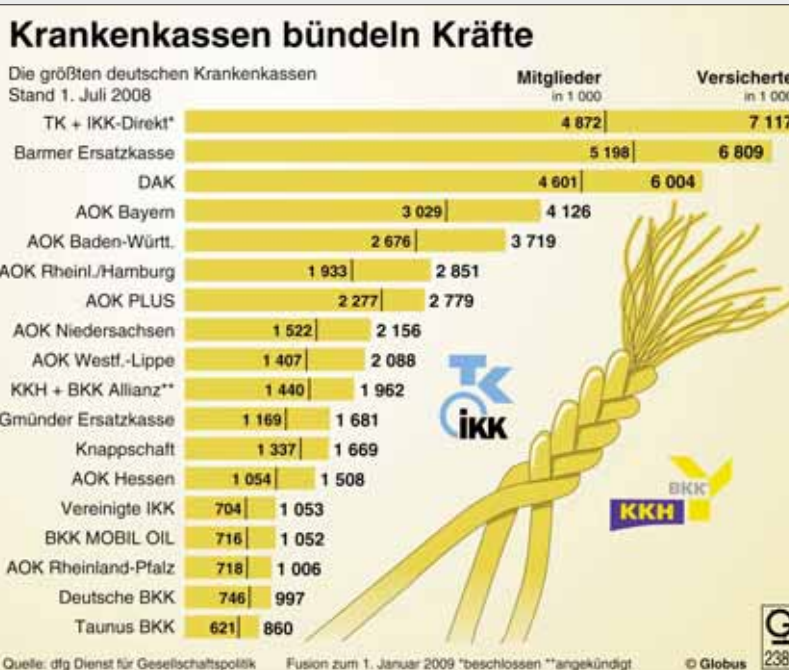
KZVB

■ Krankenkassen positionieren sich

Noch bevor der Gesundheitsfonds im Januar nächsten Jahres startet, bringen sich die Krankenkassen in Deutschland in Position und bündeln entsprechend ihre Kräfte. Der Zusammenschluss der Techniker Krankenkasse (TK) und der IKK Direkt ist bereits beschlossene Sache. Rund 7,1 Millionen Menschen werden bei der dann neuen Kasse mit dem Namen TK versichert sein. Auch die Kaufmännische Krankenkasse Hannover (KKH) und die Betriebskrankenkasse Allianz kündigten an, im April 2009 fusionieren zu wollen. Die neu entstandene Kasse will so ihren Marktanteil ausbauen, und zwar durch die Kooperation mit der Allianz Privaten Krankenversicherung. Laut Nachrichtenagentur dpa wird die neue KKH-Allianz zwei Millionen Versicherte und rund 4500 Beschäftigte haben. Experten gehen davon aus, dass im Zuge des Gesundheitsfonds und dem damit verbundenen einheitlichen Beitragssatz weitere Krankenkassen fusionieren werden. vo

■ Sozialversicherung verzeichnet Defizit

Die gesetzliche Sozialversicherung hat im ersten Halbjahr 2008 ein Finanzierungsdefizit von zwei Milliarden Euro verzeichnet. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Im Vergleichszeitraum 2007 betrug das Minus eine halbe Milliarde Euro. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres betragen die Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung insgesamt 236,9 Milliarden Euro. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 entspricht das einer Zunahme um 1,9 Prozent. Die Einnahmen stiegen laut Statistischem Bundesamt um 1,2 Prozent auf 234,9 Milliarden Euro. In der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen die Ausgaben im Vergleich zum ersten Halbjahr 2007 stärker als die Einnahmen. Den Ausgaben in Höhe von 79,7 Milliarden Euro standen Einnahmen in Höhe von 78,7 Milliarden Euro gegenüber. Damit ergab sich im ersten Halbjahr 2008 ein Finanzierungsdefizit von einer Milliarde Euro, während im ersten Halbjahr 2007 noch ein Finanzierungsüberschuss von 300 Millionen Euro zu verzeichnen gewesen war.



Die gesetzliche Rentenversicherung konnte einen Finanzierungsüberschuss von 51 Millionen Euro verbuchen, nach einem Defizit von 1,6 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2007. Der Grund: Die Einnahmen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2008 um 2,6 Prozent auf 118,1 Milliarden Euro. Der Ausgabenzuwachs fiel mit 1,2 Prozent geringer aus. Die gesetzliche Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Arbeitslosenversicherung. vo

■ Ärzte bängen um Nachwuchs

Die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) hat vor einer Abwanderung junger deutscher Ärzte ins Ausland gewarnt. Dadurch verliere das deutsche Gesundheitswesen jährlich 7000 Mediziner, sagte BLÄK-Präsident Dr. Hellmut Koch. Im vergangenen Jahr hätten 710 junge bayerische Ärzte den Freistaat verlassen, um im Ausland zu arbeiten, wo sie bessere Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen vorfinden. Koch sagte in der Süddeutschen Zeitung: „Der ärztliche Nachwuchs wird durch immer mehr Leistungsverdichtung in den Kliniken oder den Bürokratiewust in der Praxis vergrault.“ Aktuelle Entwicklungen wie die Diskussion um Ärztehonorare sowie der Gesundheitsfonds trügen nicht dazu bei, junge Ärzte vom Auswandern abzuhalten, sagte Koch. vo